

6. Mai 1993

Mit „Flüstertüte“ gegen Eingemeindungspläne

Gemeinden protestierten vor dem Landtag

ERFURT (ak). Mit Plakaten und Spruchbändern, „Flüstertüten“ und Wut im Bauch demonstrierten gestern nachmittag vor dem Thüringer Landtag einige hundert Bewohner gegen die vorgesehene Eingemeindung ihrer Dörfer im Zuge der Gebietsreform. „Wir streiten für das Recht, daß unsere Selbständigkeit erhalten bleibt. Wir wollen die Probleme mit der Stadt auf gleichberechtigter Grundlage lösen“, begründete Reinhard Wokittel, Sprecher der Bürgerinitiative Schwerborn, sein Kommen. Mit Vertretern aus Vieselbach, Bübleben, Mittelhausen und Linderbach demonstrierten u. a. Bürger aus dem Landkreis Weimar und aus Niedersachswer-

fen, das die Stadt Nordhausen eingemeinden möchte.

Mehrfach wurde die „zarte Pflanze Demokratie“ beschworen. Eingemeindung wider Willen erstickte das Engagement der Bürger. Erfurts Hauptdezernent Norbert Knobloch (CDU) sicherte zu, daß man alle Eingemeindungsverträge strikt einhalten wird. Innenminister Franz Schuster (CDU) suchte zu erläutern, warum die Stadt künftige Entwicklungsräume braucht. Die Koordinierung von Aufgaben wie das Güterverkehrszentrum könne ein Kreis mit Sitz in Sömmerda nicht leisten. Der Minister sagte klare Begründungen zu, warum in welchen Fällen Eingemeindungen erfolgen.



Innenminister Franz Schuster im Gespräch mit den Demonstranten, die aus vielen Gemeinden des Landkreises gestern vor das Landtagsgebäude gezogen waren. TA-Foto: M. BLAU